

werde die Disziplin in der Armee stärken, um Widerstände gegen umfassende Reorganisationspläne zu zerstreuen. Armeevertreter im NVK beklagten aber trotz der deutlichen Aufstockung des Verteidigungshaushalts und der Äußerungen der VBA-Spitze eine massive Mittelknappheit, die sich negativ auf den Lebensstandard von Armeeingehörigen auswirke. (NZZ, 7./8.3.1998; SCMP, 9.3.1998)

Die politische und militärische Führung Chinas arbeitet derzeit auf eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Regierungsorganen und Armeekonzernen hin. Die Reorganisation der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie im Verteidigungswesen soll unter anderem einer verbesserten staatlich-zivilen Aufsicht über Armeeunternehmen sowie der gezielten Förderung militärischer Hochtechnologie dienen. (Xinhua, 15.3.1998, nach SWB, 16.3.1998).

Die Kommission wird damit zur zentralen Koordinationsstelle des chinesischen Militärlich-Industriellen-Komplexes, dessen unkontrolliertes Wuchern bisher durch unklare Kompetenzabgrenzungen zwischen staatlichen und militärischen Abteilungen auf den verschiedenen Hierarchieebenen begünstigt wurde. Auch steht die Kommission künftig erstmals unter der Leitung eines Zivilisten. (Siehe den Abschnitt „Gewinner der Reorganisation“ in dem Aufsatz „Die neue chinesische Regierung“ in diesem Heft)

Darüber hinaus wurde im März ein Zirkular der Zentralen Militärkommission bekannt, mit dem nicht nur – wie bisher schon – den Kampfeinheiten der VBA ein ungenehmigtes Engagement in kommerziellen Aktivitäten untersagt wird, sondern auch Versorgungs- und Produktionseinheiten der VBA. Kommerzielle Militärunternehmen sollen ihre Verbindungen zu Armee-Einheiten vollständig kappen. Die Transformation in zivile Unternehmen soll den Regeln folgen, die für die Restrukturierung von Staatsunternehmen (Transfer von Eigentumsrechten, Umwandlung in Kapitalgesellschaften, Unternehmensfusionen, Konkurse etc.) aufgestellt wurden. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Führungsgruppe für VBA-Unternehmen bei der Hauptabteilung für Logistik betraut. (*Sing Tao Jih Pao*, 2.3.1998, nach SWB, 4.3.1998; SCMP, 11.4.1998)

Vor dem Hintergrund konfliktträchtiger Reorganisationsmaßnahmen in der Armee beförderte Jiang Zemin zur weiteren Festigung seiner personellen Basis und Loyalitätsgruppe in der VBA zehn weitere Offiziere in den Generalsrang. Jiang, der die Beförderungen in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission vornahm, zeigte sich bei dieser Gelegenheit dem Fernsehpublikum in Armeuniform, um seine Nähe zur VBA zu demonstrieren. (Xinhua, 27.3.1998, nach SWB, 30.3.1998; SCMP, 28.3.1998)

Ob eine wirkungsvolle Beschränkung der kommerziellen und stark korruptionsanfälligen Armeeunternehmen kurzfristig erreicht werden kann, erscheint fraglich. Die Regierungsmaßnahmen zur Straffung der VBA-Wirtschaftsaktivitäten dürften in dem Teil des Offizierskorps, der bislang von der laxen Kontrolle über oft zwielichtige kommerzielle Geschäfte profitierte, auf wenig Gegenliebe stoßen. Die Zurückdrängung von „Offizier-Magnaten“ aus dem chinesischen Wirtschaftsleben wird deshalb weder reibungslos noch rasch vonstatten gehen. In jedem Falle wird die Umsetzung der restriktiven Bestimmungen ein Test für die Autorität der politischen und militärischen Führung Chinas sein. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

20 Neuer Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften

Auf Beschluß des Staatsrats vom 28.2.98 wurde kürzlich Li Tiewing zum neuen Präsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften bestellt (RMRB, XNA, 6.3.98). Li löst den achtzigjährigen bisherigen Präsidenten Hu Sheng ab, der dieses Amt seit September 1985 innehatte. Hu Sheng war ein orthodox-marxistischer Historiker, von dem kaum Impulse für die anstehende Umwandlung der Akademie von einer bürokratischen Institution in eine moderne, flexible Forschungseinrichtung ausgehen konnten. Es ist

kein Geheimnis, daß sich die Akademie seit Jahren in der Krise befindet, weil der Reformdruck groß, aber schwer zu bewältigen ist. Ein Beispiel ist die Reduzierung des Mitarbeiterstabes; für Geistes- und Sozialwissenschaftler ist es ungleich schwerer als für Naturwissenschaftler und Techniker, im nichtstaatlichen Sektor Arbeit zu finden. Auch sind an der Akademie der Sozialwissenschaften die Entfaltungsmöglichkeiten der Wissenschaftler durch ideologische Zwänge relativ stark eingeschränkt; „korrekte“ politische Ausrichtung spielt hier immer noch eine große Rolle. Die Akademie zählt heute 31 Institute mit rund 4.000 Mitarbeitern, davon 1.500 Wissenschaftler.

Der 62jährige Li Tiewing hat den Nachteil, daß er kein Wissenschaftler ist und somit für die Belange der Forschung, zumal der Geistes- und Sozialwissenschaften, wohl wenig Verständnis aufbringen wird. Sein eigener Hintergrund – er hat Physik studiert – weist ihn als Angehörigen der technokratischen Führungselite aus, die linientreu, doch zugleich auf Effizienz bedacht ist. Als Politbüromitglied und Staatsratkommissar bekleidet er hohe politische Ämter. Von Vorteil für die neue Position könnte sich erweisen, daß er von 1988 bis 1993 Bildungsminister war und er davor und danach auch einige Jahre der Zentralen Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems vorstand. Die Erfahrungen, die er in diesen beiden Positionen sammelte, könnten sich für die neue Aufgabe als nützlich erweisen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es Li Tiewing gelingen wird, die Akademie der Sozialwissenschaften aus der Krise herauszuführen und sie in eine einflußreiche, erstklassige Forschungsinstitution zu verwandeln. -st-

21 Nur noch befristete Stellen an der Akademie der Wissenschaften

Im Zuge der Personalreform der Akademie der Wissenschaften werden Wissenschaftlerstellen künftig nur noch auf Vertragsbasis, d.h. befristet vergeben. Die Aufgabe der lebenslangen Beschäftigung für wissenschaftliche Mitarbeiter soll dazu beitragen, die Akademie in eine moderne Forschungseinrichtung umzuwandeln, die flexibel und kompetent auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Forschung reagiert. Zugleich soll der Verzicht auf lebenslange

Anstellung der Akademie den Charakter einer schwerfälligen, bürokratisch arbeitenden Behörde zu nehmen, den sie im Laufe der Jahrzehnte erlangt hatte. Die Reform wird in drei Schritten vollzogen: Der erste Schritt war, daß die seit 1996 engagierten Wissenschaftler alle nur befristete Stellen erhielten. In einem zweiten Schritt werden die Stellen der jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter in befristete Stellen umgewandelt. Der dritte Schritt, nämlich die Einführung befristeter Arbeitsverträge für alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie, soll bis 1999 verwirklicht sein.

Im einzelnen beinhaltet das System der Einstellung auf Vertragsbasis, daß Stellen nur bei Bedarf besetzt werden (früher erhielt die Akademie jährlich ganze Kontingente von Hochschulabsolventen), daß die Stellen öffentlich ausgeschrieben werden, daß die freien Stellen im Wettbewerb vergeben werden und daß sie befristet besetzt werden. Die Einrichtung der Stellen muß den Bedürfnissen der Fächerstruktur und der Aufgabenstellung entsprechen. Es gibt zwar auch noch Lebensstellungen, aber sie sollen nicht die Regel sein und werden nur solchen Forschern gewährt, die große wissenschaftliche Leistungen vorweisen und wissenschaftlich zu den führenden Kräften zählen. Wissenschaftler, die den Anforderungen nicht gerecht werden oder die für die Forschung nicht mehr gebraucht und überflüssig sind, sollen die Stelle wechseln, damit die Struktur auf diese Weise verbessert, das Niveau angehoben und die Leistung erhöht wird. Das Ziel ist die Öffnung der Akademie in bezug auf ihr Personal und die Einführung größerer Mobilität. Nötig sind vor allem die Einstellung hervorragender jüngerer Wissenschaftler und die Erweiterung des Reservoirs an Führungskräften. Die Akademie und ihre Institute sind gehalten, den Gedanken der Personalmobilität fest zu verankern, d.h. die Fachkräfte müssen beizeiten andere Jobs annehmen, und zugleich muß für die Weiterbildung der an der Akademie arbeitenden Wissenschaftler gesorgt werden. (Vgl. GM-RB, 12.3.98, S.4)

Die neue Personalpolitik zielt auf Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Anhebung der Qualität der Forschungsarbeit der Akademie der Wissenschaften. Diese befindet sich heute in einem starken Konkurrenzverhältnis zu einzelnen Universitäten, die im Zuge der Hochschulreform ih-

re Forschungsaktivitäten stark ausgebaut haben und durch ihre Flexibilität und Kreativität dem verbürokratisierten Apparat der Akademie vielfach überlegen sind. Unter ihrem neuen Präsidenten Lu Yongxiang scheint die Akademie diese Ziele mit großem Nachdruck zu verfolgen. Dies geht u.a. auch aus einem Kommentar hervor, als dessen Autor die „Chinesische Akademie der Wissenschaften“ zeichnete und der am 23. März 1998 auf der ersten Seite der *Volkszeitung* erschien. In dem Kommentar geht es um die Notwendigkeit, die wissenschaftlich-technische Innovationsfähigkeit Chinas zu erhöhen. Durch diese soll der Abstand Chinas zu den entwickelten Ländern verringert werden, um China in die vordersten Reihen der Weltwissenschaft und damit der Weltwirtschaft zu bringen. -st-

22 Gründung einer Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung

Wie der neue Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer Pressekonferenz bekanntgab, ist in China eine neue „Staatliche Führungsgruppe für Wissenschafts- und Bildungsarbeit“ (*Guojia keji jiaoyu gongzuo lingdao xiaozu*) gegründet worden (vgl. RMRB, GM-RB, 20.3.98; s.a. SCMP, Internet ed., 20.3.98). Zhu Rongji selbst führt den Vorsitz in diesem Führungsgremium, der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, der sich schon in den vergangenen Jahren vornehmlich um Bildung und Wissenschaft gekümmert hat, ist stellvertretender Vorsitzender. Der Beschluß für die Gründung dieses Gremiums ist Zhu zufolge von der „Zentrale“ gefaßt und von Jiang Zemin persönlich gebilligt worden. Die neue Führungsgruppe untersteht dem Staatsrat, wie einem Interview mit der neuen Bildungsministerin zu entnehmen ist (vgl. RMRB, 26.3.98). Bislang gab es nur eine Führungsgruppe für Wissenschaft und Technik, die ebenfalls dem Staatsrat unterstand. Ob diese nun abgeschafft wird, wurde nicht bekannt. Da das neue Gremium von drei wichtigen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros, nämlich Jiang Zemin, Zhu Rongji und Li Lanqing, unterstützt wird, ist zu erwarten, daß es sich zu einem mit relativ großen Kompetenzen ausgestatteten Organ von strategischer Bedeutung entwickeln wird.

Die Einrichtung der Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung unterstreicht die Absicht Zhu Rongjis, sich mit seiner neuen Regierung verstärkt den Bereichen Bildung und Wissenschaft zu widmen. In der Pressekonferenz bezeichnete er es als wichtigste Aufgabe seiner Regierung, die Entwicklung Chinas durch Wissenschaft und Bildung voranzutreiben gemäß dem Schlagwort „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte bringen“ (*ke jiao xing guo*). Ob Zhu seine Absicht, Wissenschaft und Bildung besonders zu fördern, wahr machen kann, bleibt abzuwarten. Die Mittel dafür will er bei der Verwertung und bei großen Bauprojekten, die bisher „die Staatsfinanzen aufgefressen“ hätten, einsparen. Diese Ankündigung wird zweifellos in der Öffentlichkeit begrüßt werden. Jedenfalls steht dem Ministerpräsidenten mit dem neugeschaffenen Gremium ein mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes Organ zur Verfügung, das ressortübergreifend arbeiten kann. Damit scheint die Rückstufung der bisherigen Kommission für Wissenschaft und Technik und derjenigen für Bildung zu Ministerien mehr als wettgemacht. Im übrigen scheint das Bildungswesen nun endgültig aus dem Schatten der Wissenschaft herausgetreten zu sein. Die Erkenntnis, daß ohne Anhebung des Bildungsniveaus auch die Wissenschaft nicht blühen kann, hat sich zumindest in der zentralen Führung durchgesetzt. -st-

23 Interview mit der neuen Wissenschaftsministerin

Von der Neuordnung der Regierungsorgane, die auf der NVK-Sitzung im März 1998 besiegelt wurde, war u.a. auch die Kommission für Wissenschaft und Technik betroffen, die jetzt wieder zu einem Ministerium herabgestuft wurde. Neue Wissenschaftsministerin wurde Zhu Lilan, zuvor stellvertretende Leiterin der Kommission für Wissenschaft und Technik. Wenige Tage nach ihrer Ernennung brachte die *Volkszeitung* ein Interview mit der Ministerin (RMRB, 30.3.98, S.5). In dem Interview wurde sie gefragt, welches die Gründe dafür seien, daß die Strategie „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte bringen“ (*ke jiao xing guo*) bislang noch keine befriedigenden Ergebnisse gezeitigt habe. Dieses Schlagwort war 1995 von Jiang Zemin zur wichtigsten Strategie für die Modernisierung Chinas

erhoben worden und wurde jetzt von dem neuen Ministerpräsidenten Zhu Rongji als größte Aufgabe bezeichnet. Als Hauptgrund nannte Zhu Lilan unzureichende Investitionen. Aber Geldmangel sei ein Dauerthema, von dem auch andere Länder wie z.B. die USA betroffen seien. Immerhin seien doch kleine Fortschritte zu verzeichnen. Vor 1994 habe China unter den Wissenschaftsnationen Rang 28 eingenommen, 1997 habe es Rang 20 erreicht. Das sei immer noch keine ideale Position, aber in den letzten Jahren seien die Investitionen in Wissenschaft und Technik gestiegen, obwohl sie in Relation zum Wirtschaftswachstum gesunken seien. Gegenwärtig müßten in erster Linie drei Probleme gelöst werden, um die Strategie verwirklichen zu können:

1. Die schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis. Wissenschaft und Technik müßten enger mit der Produktion verbunden werden, damit beide Bereiche sich gegenseitig fördern können.
2. Unzureichende Forschungsreserven, d.h. die Forschungsbasis müsse erweitert werden.
3. Mangelnde Innovationsfähigkeit. Hier müßten die Chinesen mehr Vertrauen haben, denn „was andere können, können wir auch“. Man müsse vor allem mehr auf junge Leute bauen.

Auf die Frage, wie sie die vor 13 Jahren eingeleitete Reform des Wissenschaftssystems bewerte, meinte die Ministerin, die Reform habe schon sehr große Erfolge gebracht. Das Wichtigste sei, daß Wissenschaft und Technik heute viel stärker in die Wirtschaft integriert seien. Zu Anfang sei es bei der Reform des Wissenschaftssystems darum gegangen, daß sich die Forschungsinstitute stärker mit der Entwicklung technischer Neuerungen befaßten, sich auf dem Markt etablierten und ihre Finanzierungsweise reformierten. Heute befasse sich etwa ein Drittel aller Forschungsinstitute mit technischer Entwicklung, und nur ein geringer Prozentsatz von ihnen erhalte Mittel vom Staat, der überwiegende Teil der Institute finanziere sich über den Markt. Ein weiteres Drittel der Institute sei erhaltenswert, während sich das letzte Drittel in Schwierigkeiten befinde. Aber man dürfe die Erfolge der Reform nicht nur nach den Finanzen beurteilen, wichtiger sei das Konzeptionelle. In diesen Jahren

sei eine große Zahl von High-Tech-Betrieben entstanden, die einerseits eine große Menge von auf den Markt ausgerichteten Wissenschaftlern und Technikern hervorgebracht hätten, andererseits eine Vielzahl von Unternehmern mit Sinn für Wissenschaft und Technik.

Zur Frage, wie China der Herausforderung begegnen wolle, daß heute bereits das Zeitalter der „Wissenswirtschaft“ begonnen habe, meinte die Ministerin, daß China zwar noch Defizite zu verzeichnen habe, daß es aber zugleich auf einigen Forschungsgebieten stark sei. Als Beispiele nannte sie die Leukämie-Forschung in Shanghai, die Hybridreis-Forschung in Hunan, die in der Welt führend sei, das chinesische CIMS, das in den USA ausgezeichnet worden sei, und die wissenschaftlichen Modelle im Zusammenhang mit der Produktionsforschung, die es in den USA nicht gebe. China habe viele Lichtblicke, jetzt komme es darauf an, diese in Lichtschein zu verwandeln.

Zum Schluß äußerte sich Zhu Lilan zu der Frage, ob sich die Funktion der Behörde nach ihrer Umwandlung in ein Ministerium ändere. Dies verneinte die Ministerin, jedoch habe sich das Umfeld gewandelt. Künftig gehe es noch mehr darum, die Probleme von der objektiven Struktur her zu beurteilen. Als Beispiel nannte sie das Problem der Umsetzung in die Produktion. Vor zehn Jahren habe man die Gründung von High-Tech-Entwicklungszonen propagiert, jetzt stünden die Beschleunigung der Entwicklung und neue Gedankengänge bei der High-Tech-Entwicklung an. Ein anderes Beispiel sei der „Funkenplan“, jetzt müsse man die Entwicklung aller Regionen in Betracht ziehen (d.h. nicht mehr nur die punktuelle Entwicklung einiger Regionen) und insbesondere auch, wie die Unterstützung der Armutgebiete voranzutreiben sei. Auch gehe es heute nicht mehr allein um den Aufschwung der eigenen Familie, sondern es müßten alle Kräfte gebündelt werden, damit Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung brächten. -st-

24 Interview mit der neuen Bildungsministerin

Durch die Umbildung der Regierungsorgane, die auf der Vollversammlung des 9.NVK beschlossen wurde, ist die 1985 eingerichtete Staatliche Bildungskommission wieder in ein Mi-

nisterium verwandelt worden. Mit Chen Zhili wurde in China erstmalig eine Frau Bildungsministerin. Kurz nach ihrer Ernennung gab sie der *Volkszeitung* ein Interview (vgl. RM-RB, 26.3.98, S.5). Die heute 55jährige Chen Zhili verfügt über vielfältige Erfahrungen auf den Gebieten Forschung, Bildung, Wissenschaft und Technik, Propaganda und Kultur. Nach ihrem Studium an der Fudan-Universität in Shanghai übte sie viele Jahre eine Forschungstätigkeit aus, um 1980 als Gastwissenschaftlerin in die USA zu gehen. Nach ihrer Rückkehr übernahm sie verschiedene Aufgaben in der Shanghaier Stadtregierung und dem Shanghaier Parteikomitee; so war sie u.a. Leiterin der Propagandaabteilung des Parteikomitees von Shanghai. 1997 wurde sie in das Amt einer stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Bildungskommission und zur Sekretärin der Parteiorganisation dieser Behörde nach Beijing berufen.

Die Frage des Reporters, ob sich die Funktion ihrer Behörde nach der Rückstufung von einer Kommission in ein Ministerium ändere, wurde von der Ministerin verneint. Allerdings würden sich die Anforderungen entsprechend der neuen Situation ständig ändern. Große Bedeutung maß sie der Errichtung der Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung des Staates bei. Die Gründung dieses Koordinierungsgremiums zeige, wie wichtig die Strategie „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte bringen“ für Partei und Regierung sei. Befragt, wie sie die Bildungssituation Chinas an der Schwelle zum 21. Jahrhundert einschätze, gab sie eine überaus positive Bewertung der Leistungen der vergangenen Jahre. Das Bildungswesen habe sehr große Fortschritte gemacht; so hätten die beiden grundlegenden Aufgaben (die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums) höchste Priorität erlangt, Erwachsenen- und Berufsbildung seien stark ausgebaut worden, die Bildungsgesetzgebung habe deutliche Fortschritte gemacht, die Behandlung der Lehrer habe sich verbessert, das Lehrerkontingent habe sich stabilisiert, und Lehrer genossen heute in der Gesellschaft wieder Ansehen.

Allerdings gab Chen Zhili auch Defizite zu, vor allem hinsichtlich der Erweiterung der Bildung und der Anhebung der Bildungsqualität. Die

durchschnittliche Anzahl der Jahre, in denen die Bürger in China Bildung empfangen, sei immer noch sehr niedrig, die allgemeine Schulpflicht sei noch nicht in ausreichendem Maße eingeführt, es gebe immer noch einen relativ großen Anteil von Analphabeten, und Alphabetisierte fielen teilweise wieder ins Analphabetentum zurück. Es gelte, hochqualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, und dazu benötige man eine systematische Berufsbildung, doch gerade diese sei in China schwach. Ohne hochqualifizierte Arbeitskräfte aber sei die produktive Umsetzung von Wissenschaft und Technik nicht zu realisieren.

Neben der Verbreiterung der Basis und der besseren Qualifizierung der Arbeitskräfte sprach die Ministerin auch die Notwendigkeit der Heranbildung hochqualifizierter Fachleute mit innovativem Geist und Innovationsfähigkeit an. Dazu sei es erforderlich, eine Reihe erstklassiger Hochschulen von Weltrang aufzubauen, die in der Lage seien, Fachleute für die Umsetzung von Forschungsergebnissen der Hochtechnologie und der neuen Technologien auszubilden. Hierfür müsse jetzt die Grundlage gelegt werden, damit diese Hochschulen in 15 bis 20 Jahren Weltniveau erreichen.

Um den Abstand zu den entwickelten Staaten zu verringern, müsse die Reform unablässig vorangetrieben werden. Die Hauptziele der Reform seien die Anhebung der Bildungsqualität und die Heranbildung von Fachleuten. Kernpunkte zur Erreichung dieser Ziele seien die Reformierung der Lehrpläne, der Lehrmaterialien, der Lehre und des Prüfungswesens. Das gegenwärtige System, bei dem die Schüler nur für Prüfungen lernen, fördere nicht deren Innovationsfähigkeit und Vorstellungskraft. Außerdem müsse sich aufgrund des schnellen Tempos, mit dem sich Wissenschaft und Technik entwickelten und mit dem sich Wissen erneuere, die Erkenntnis einbürgern, daß lebenslanges Lernen nötig ist und daß Lernen im ganzen Leben zu einer der wichtigsten Beschäftigungen wird.

Als weitere Schwerpunkte der Bildungsreform erwähnte die Ministerin die Reformierung des Verwaltungssystems im tertiären Bildungssektor, die Stärkung der pädagogischen Forschung und die weitere Verbesserung des Niveaus der Lehrer. Mit den angesprochenen Themen hat Chen Zhili die wichtigsten Inhalte der Bildungsreform, die vor zwölf Jahren eingelei-

tet wurde, benannt. Zu Recht hat sie darauf hingewiesen, daß in diesen Jahren viel erreicht wurde. Die feste Überzeugung der chinesischen Führung, die auch ständig propagiert wird, daß nämlich im nächsten Jahrhundert Macht auf hoher Volksbildung und hohem Wissenschaftsniveau basieren werde, läßt China den Weg der Bildungsreform konsequent weitergehen. Die Weichen sind in den vergangenen Jahren gestellt worden, die Ziele stehen klar vor Augen. Jetzt wird es Aufgabe der neuen Ministerin sein, die Reformen mit Nachdruck weiter zu verfolgen und für die Einhaltung der Bildungsgesetze zu sorgen.

-st-

25 Reform der Hochschuleingangsprüfungen

Die Reform der Hochschuleingangsprüfungen war Gegenstand einer nationalen Tagung über die Lehre an regulären Hochschulen im März 1998. Die beiden wichtigsten Ergebnisse der Tagung betrafen die Lehre und die Aufnahmeprüfungen. Was die Lehre angeht, so wurde propagiert, daß die Hochschullehrer künftig ihre Vorlesungen selbst schreiben sollen. Die Hochschulen sollen das wichtigste Lehrmaterial zur Verfügung stellen, aber nicht mehr national einheitliches Material benutzen. Bezüglich der Hochschuleingangsprüfungen, über die seit Jahren diskutiert wird, wurde verfügt, daß die Hochschulen künftig hinsichtlich der Prüfungsfächer mehr Vollmacht erhalten. In Zukunft soll es bei den Aufnahmeprüfungen nur noch drei obligatorische Prüfungsfächer geben, nämlich Chinesisch (Sprache und Literatur), Mathematik und Fremdsprachen. Darüber hinaus können die Hochschulen je nach ihren Besonderheiten weitere Prüfungsfächer hinzufügen. Welche und wieviele Fächer, bleibt der jeweiligen Hochschule überlassen. Diese Prüfungsneuerung wird als „3+x-System“ bezeichnet, also die drei Pflichtfächer sowie ein oder mehrere zusätzliche Prüfungsfächer. So können sich die Studenten entsprechend ihrer Begabung eine passende Hochschule aussuchen, d.h. sie haben größere Wahlfreiheit, und die Hochschulen erhalten mehr Autonomie. Diese Reform wird zunächst versuchsweise eingeführt, und zwar gilt sie in diesem Jahr nur in Shanghai. (GMRB, 27.3.98, S.1)

Die Gewährung größerer Autonomie für die Hochschulen stellt einen wesentlichen Faktor der Reform der Hochschulbildung dar und ist in allen einschlägigen Dokumenten und Verfügungen vorgesehen. Sie schreitet allerdings nur schrittweise voran. Vor der Reform behielt sich der Staat allein das Recht vor, von ihm finanzierte Studienplätze entsprechend der staatlichen Planung zu vergeben. Doch in dem Maße, in dem er sich aus der Finanzierung des Hochschulstudiums zurückzog und die Hochschulen Studiengebühren erheben, mußte der Staat den Hochschulen mehr Rechte bei der Auswahl der Studenten einräumen. Derzeit gilt das zweigleisige Aufnahmesystem, d.h. ein Teil der Studenten studiert nach staatlichem Plan und wird vom Staat finanziert (hauptsächlich in Mangelfächern), während der andere Teil auf eigene Kosten studiert und sich frei bewerben kann, so daß sich die Hochschulen je nach Kapazität aus den Bewerbern Studenten auswählen können. In jedem Fall müssen alle Studenten die einheitlichen nationalen Aufnahmeprüfungen bestanden haben. Obwohl erst kürzlich ein Vertreter des Bildungsministeriums klarstellte, daß man zum gegenwärtigen Zeitpunkt an den einheitlichen Hochschulaufnahmeprüfungen festhalten wolle (vgl. GM-RB, 18.3.98, S.5), ist abzusehen, daß diese über kurz oder lang obsolet werden. Zum einen ist der organisatorische Aufwand zu groß, zum anderen werden die Hochschulen zunehmend verlangen, sich ihre Studenten nach eigenen Kriterien auszuwählen.

Die nationalen Aufnahmeprüfungen mögen angesichts der starken Niveauunterschiede bei den Absolventen der Mittelschuloberstufen noch notwendig sein; aber auf der einen Seite wird sich mit den Bemühungen um Anhebung der Bildungsqualität auch das Niveau der Mittelschulen in den verschiedenen Regionen angleichen, auf der anderen Seite wird die seit Jahren zu beobachtende Hierarchisierung der Hochschullandschaft weiter voranschreiten. Künftig wird noch mehr als schon in der Vergangenheit entscheidend sein, an welcher Hochschule man studiert hat. Der Trend jedenfalls scheint von den einheitlichen Aufnahmeprüfungen weg in Richtung größerer Auswahlmöglichkeit der einzelnen Hochschulen zu gehen. Die Einführung des 3+x-Systems bestätigt eindeutig diese Richtung, denn mit ihm wird die Zahl der staat-

lich vorgeschriebenen Prüfungsfächer reduziert, so daß die jeweiligen Hochschulen Prüfungsfächer einführen können, die sie für wichtig erachten. Bislang wurden bei den staatlichen Prüfungen fünf Fächer geprüft, nämlich außer Chinesisch, Mathematik und einer Fremdsprache für Geisteswissenschaftler Geschichte und Politik, für Naturwissenschaftler Physik und Chemie. Künftig wird es in stärkerem Maße Eignungsprüfungen geben, für die die Hochschulen ihre eigenen Maßstäbe setzen.

Dies wird u.a. dadurch bestätigt, daß auf der obengenannten Tagung auch Maßnahmen zur Regelung der Aufnahme von Studenten auf Empfehlung (*baosong sheng*) erörtert wurden. In diesem Jahr dürfen die Hochschulen einiger Provinzen und provinzfreier Städte Eignungsprüfungen bei empfohlenen Studenten durchführen (GM-RB, 23.3.98, S.2), d.h. diese Studenten brauchen sich nicht an den nationalen Aufnahmeprüfungen zu beteiligen. -st-

26 Regelung des Schulbesuchs für Kinder von Wanderarbeitern

Kinder von Wanderarbeitern beeinträchtigen derzeit immer noch die Einführung der neunjährigen Schulpflicht, weil sie vielfach keine Schule besuchen. Ein großer Teil der Wanderarbeiter lebt illegal in den Zielgebieten und entzieht sich daher der gesetzlich vorgeschriebenen Schulpflicht. Zur Behebung dieses Mißstandes haben das Bildungsministerium und das Ministerium für öffentliche Sicherheit erneut „Vorläufige Bestimmungen für den Schulbesuch von Kindern der Wanderbevölkerung“ erlassen. Darin wird festgelegt, daß hauptsächlich öffentliche Ganztagschulen Kinder von Wanderarbeitern als Gast Schüler aufnehmen müssen und daß daneben auch nichtstaatliche Schulen speziell für Wanderkinder betrieben werden können, auf denen Schulgeld genommen werden kann. Untersuchungen zufolge sollen mittlerweile in die großen Städte und die entwickelten Küstengebiete die Arbeiter nicht mehr in Gruppen, sondern in Familien wandern, so daß die Zahl der betroffenen Kinder ständig steigt. In dieser Situation fordert die Regierung alle Orte auf, durch die Einrichtung von Gast Schülerplätzen an öffentlichen Ganztagschulen oder von nichtstaatlichen Schulen oder Klassen spe-

ziell für Kinder der Wanderbevölkerung den Schulbesuch dieser Kinder zu gewährleisten. Die Regierungen der Zielorte sind den Bestimmungen zufolge verpflichtet, Bedingungen für den Schulbesuch dieser Kinder zu schaffen und ihnen Gelegenheit zum Besuch einer Schule zu geben. Probleme wie Registrierung, Schulgeld und Schultyp sind von den örtlichen Regierungen selbst zu lösen. Vorgeschrieben ist nur, daß – ganz gleich, welcher Schultyp eingerichtet wird – diese Schulen nicht gewinnorientiert arbeiten dürfen, d.h. sie dürfen keine erhöhten Gebühren fordern, sondern können nur ein festgelegtes moderates Schulgeld erheben. Die Höhe des Schulgelds für spezielle Schulen, Klassen oder Unterrichtsgruppen muß niedriger liegen als für Gast Schüler an öffentlichen Ganztagschulen; außerdem unterstehen die speziell eingerichteten Schulen und Klassen der Aufsicht durch die Bildungsbehörden. (Vgl. RMRB, 23.3.98)

Bemerkenswert ist, daß die Zielorte gehalten sind, den hinzugekommenen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, d.h. die Zielorte sind für die Einhaltung der Schulpflicht in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Damit wird das Problem der Mißachtung der Schulpflicht durch die Wanderbevölkerung pragmatisch angegangen. Im Jahre 1996 waren schon einmal versuchsweise Bestimmungen für den Schulbesuch von Migrantenkindern erlassen worden (vgl. C.a., 1996/6, Ü 17). Damals war verfügt worden, daß schulpflichtige Migrantenkinder in ihren Heimatorten zur Schule gehen müssen. Dies ist aber nur möglich, wenn ein Elternteil oder sonstige Verwandtschaft zurückbleibt, die sich um die Kinder kümmern können. Wenn heute aber vorwiegend ganze Familien ihre Heimatorte verlassen, ist es realistischer, sie am Zielort zum Schulbesuch zu verpflichten. Die Zielorte sind jedoch zumeist finanziell und kapazitätsmäßig überfordert. Nur ein kleiner Teil der zugewanderten Kinder kann in reguläre Schulen aufgenommen werden. Deshalb müssen spezielle Einrichtungen geschaffen werden, und obwohl Schulgeld der allgemeinen Schulpflicht widerspricht und bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft ist, darf es für diese Spezialeinrichtungen erhoben werden (vgl. dazu auch C.a., 1997/4, Ü 10). -st-

Außenwirtschaft

27 Außenhandel weiter auf Erfolgskurs

Obwohl chinesische Produkte durch die Abwertung in den asiatischen Nachbarländern unter stärkeren preislichen Wettbewerbsdruck geraten sind, wiesen die Ausfuhren in den ersten zwei Monaten d.J. weiterhin hohe Wachstumsraten auf. Im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöhten sich bis Februar die Exporte um 15,7% auf 24,83 Mrd.US\$, während das Importvolumen mit 17,69 Mrd.US\$ nahezu vergleichbar hoch wie in den ersten zwei Monaten des Vorjahres blieb. Daraus resultierte ein Handelsüberschuß von 7,14 Mrd. US\$ (Januar 1998: 3,99 Mrd.US\$). Während die Exporte in die asiatischen Nachbarn zurückgingen, nahmen die Ausfuhren nach Europa und in die USA weiter zu (keine näheren Angaben dazu). (SCMP, 14.3.98)

Ob es sich bei der Entwicklung bis Februar noch um alte Auftragsbestände handelt oder ob bereits die Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Ausfuhren wirken, ist unklar. Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählt die Erhöhung der Steuerrückerstattung für Textilexporteure von zuvor 9% auf 11%. Die Textilindustrie war für eine besondere Förderung zuerst ausgewählt worden, da sie wichtiger Devisenbringer ist und bereits unter starkem Anpassungsdruck steht. Möglicherweise werden auch die Steuerrückerstattungen für andere Exportindustrien wie Elektronik, Maschinenbau und Stahlindustrie angehoben werden, die ebenfalls von der Abwertung der Wechselkurse in den Nachbarstaaten Chinas betroffen sind. (AWSJ, 24.3.98)

Als weitere Exportfördermaßnahme gilt die von der Export-Import Bank angekündigte Erhöhung der Exportkredite um mehr als 60% im Jahre 1998. Insgesamt wird die Bank den Exporteuren ein Volumen von rd. 2,93 Mrd.US\$ bereitstellen. Hierdurch sollen insbesondere Ausfuhren wie Transportschiffe, Ausrüstungen, Telekommunikationsanlagen und Elektronikprodukte finanziert werden. (AWSJ, 24.3.98)